

15./X. 1916

11

*Arbeitsbeschaffung in Wien.*

141

und finde in der nunmehrigen Entlassung erst seine Erklärung. Wenn die freiwilligen Pflegerinnen auch entlassen werden würden, weil die Spitäler evakuiert werden, so hätte die ganze Sache einen ganz anderen Anblick. So aber glaube sie, sich dem Antrage E i s l e r in der Form anschließen zu müssen, daß eine Aufforderung an die freiwilligen Pflegerinnen ergehe, überall dort, wo bezahlte Pflegerinnen entlassen werden, die freiwillige Mitarbeit einzustellen.

Die große Pflegerinnensache als solche, insbesondere die Frage der Versorgung nach dem Kriege, müßte aber unbedingt im Wege einer Konferenz mit dem Roten Kreuze gelöst werden, denn es sei dies eine Frage, welche die Frauen aufs lebhafteste berühre. Die Pflegerinnen hätten nach zwei Jahren Krieg das Recht, zu verlangen, daß man ihnen endlich über ihre Zukunft klaren Aufschluß gibt.

Ober-Magistratsrat Dr. D o n t bemerkt, daß in dem schriftlich eingebrachten Antrage nur eine Entlassung der Pflegerinnen aus den Flüchtlingslagern behandelt werde. Derartige Entlassungen fallen aber nicht in den Wirkungsbereich des Roten Kreuzes, sondern gehören in die Kompetenz des Ministeriums des Innern. An diesem Unterschiede müsse in der weiteren Beratung festgehalten werden. Einen allgemeinen Aufruf wegen Zurücklegung der freiwilligen Pflegerinnenstellen halte er für nicht tunlich und würde er vorschlagen, vorläufig sowohl an das Rote Kreuz als auch an das Ministerium des Innern die Anfrage zu richten, wie beide Stellen sich zu den zur Sprache gekommenen Entlassungen zu verhalten gedenken. Unterdessen müßte der Zentral-Beirat authentische Daten über tatsächlich stattfindende Entlassungen sammeln und müßte dann aus dem Vergleiche der erhaltenen Auskünfte mit dem gesammelten Tatsachenmaterial ein positiver Antrag gestellt werden.

Der Zentral-Beirat gibt dieser Anregung Folge und wird Ober-Magistratsrat Dr. D o n t ersucht, diesbezügliche Schreiben an die betreffenden Stellen abzusenden.

Anschließend an die Frage der Arbeitsbeschaffung teilt Frau Emmy F r e u n d l i c h mit, daß die Schwierigkeiten in der Arbeitsbeschaffung für Frauen hauptsächlich ihren Grund in dem Mangel an Rohmaterial haben. Auch der Minister des Innern habe kürzlich in einer Audienz dieser Anschauung beigepflichtet.

Frau Marianne H a i n i s c h führt aus, daß sie bezüglich der Arbeitslosigkeit mit Professor S e r i n g e r aus Deutschland gesprochen habe. Auch dieser erklärte, die ganze Arbeitslosigkeit sei in dem Augenblicke behoben, in dem wir Rohstoffe hätten. Seinerzeit habe man, um dem Mangel an Baumwolle abzuwehren, zur Schafwolle gegriffen und zum Leinen und zur Seide Zuflucht genommen. Sie habe sich nun die Frage vorgelegt, ob es nicht auch jetzt möglich wäre, daß die Schafzucht und der Weinbau wieder stärker einsetze.

Frau Emmy F r e u n d l i c h entgegnet, daß eine Hebung der Schafzucht wohl imstande sein dürfte, dem Rohstoffmangel abzuwehren, doch würde sich die Wirkung kaum vor einem Jahre zeigen. Um momentan zu helfen, würde es genügen, wenn Deutschland von seinem großen Rohstoffvorrat, welchen es seinerzeit aus Amerika bezogen habe, an Österreich etwas abgeben würde. Was den Wein- und Flachsbaue anbelange, so gehe eine Einführung desselben aus zwei Gründen schwer. Erstens sei der Anbau schwierig und müßte von sachkundigen Leuten besorgt

werden, zweitens gedeihe der Flachs und Wein nur in Ländern, die gerade während der Kriegszeit zum Anbaue von Getreide benützt werden müssen.

Frau Fanni F r e u n d - M a r c u s macht darauf aufmerksam, daß die jüngste Verordnung der Regierung wegen Gestattung der Lämmerchlachtung zu Ostern in krassem Widerspruche stehe zur Hebung der Schafzucht, was umsomehr zu bedauern sei, als die Schafe keine Brotfrüchte zur Aufzucht brauchen und somit kein Grund einer Einschränkung vorlag.

Frau Emmy F r e u n d l i c h betont, daß eine Notstandsarbeit für die arbeitslosen Frauen geschaffen werden müsse, zum Beispiel ein Massenartikel, der von den Frauen angefertigt werden könnte. Es wäre weiters notwendig, eine Rundfrage bei allen Ministerien zu veranstalten, was für Arbeiten in der nächsten Zeit gebraucht werden würden, es müßte weiters der Rohstoff gleichmäßig verteilt, für denselben Höchstpreise festgesetzt werden, weiters Löhne vereinbart und überhaupt der ganze Arbeitsmarkt organisiert werden.

Fräulein Mathilde E i s l e r weist darauf hin, daß in der letzten Lieferungsanzeige des Handelsministeriums eine ganze Menge Lieferungen verzeichnet stand, allerdings seien fast alle Arbeiten an private Firmen zur Ausführung übertragen worden. Es wäre Sache der Gemeinde, in der Abteilung XIII des Kriegsministeriums anzufragen, warum private Unternehmer solche Lieferungsaufträge in erster Linie erhalten.

Ober-Magistratsrat Dr. D o n t erwidert, die Abteilung XIII des Kriegsministeriums, deren Leiter er persönlich kenne, tue alles Menschenmögliche, um der Frauen-Hilfsaktion Arbeit zu verschaffen. Die Firmen verfügten aber noch über Rohstoffe und hätten es daher viel leichter, den Aufträgen zu entsprechen. Er habe gestern den Brief gesehen, welchen Ihre Exzellenz Frau Berta W e i s k i r c h n e r an Exzellenz Grafen S t ü r g k h wegen Schaffung von Arbeit für die Nähstuben gerichtet habe und er könne nur sagen, mehr als Ihre Exzellenz in dieser Angelegenheit unternommen habe, könne man ganz einfach nicht mehr tun. Einige Lieferungen seien in Aussicht, so zum Beispiel 600.000 Gewehrrollen, einige tausend Sandsäcke, 6000 Blusen, 6000 Flanellwäschestücke und 30.000 bis 40.000 Sommeruniformen.

Frau Josefina K u r z b a u e r berichtet, daß ihrer Nähstube ein Unternehmer 50.000 Sandsäcke zum Preise von 7 h Nählohn angeboten habe, wobei die Nähstube den Zwirn beizustellen hätte. Sie habe natürlich die Arbeit unter solchen Bedingungen abgelehnt.

Frau Fanni F r e u n d - M a r c u s führt aus, der Zentral-Beirat habe vor einigen Wochen den Antrag gestellt, der Herr Bürgermeister möge in Angelegenheit der Arbeitsbeschaffung eine Enquete mit allen in Betracht kommenden Faktoren abhalten. Diese Enquete wäre sehr notwendig, denn nur auf diesem Wege könne eine Abhilfe geschaffen werden. In Deutschland sei die Frage der Arbeitsbeschaffung für die Frauen bereits geregelt worden. Der nationale Frauendienst stehe direkt unter dem Schutze der Militärbehörden und bekomme alle Lieferungen direkt zugewiesen.

Frau Emmy F r e u n d l i c h fügt hinzu, dieser Schutz gehe sogar soweit, daß der Zustellungsdienst für diese Arbeiten durch das Militär besorgt werde, so daß nicht nur der festgesetzte